

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Steffen Kotré, Marc Bernhard, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Kay Gottschalk, Martin Hess, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Wolfgang Wiehle und der Fraktion der AfD**

### **Für eine kostengünstige, sichere und zukunftsfähige Energieversorgung – Kernenergie konsequent ausbauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die überlebensentscheidende Versorgung Deutschlands mit Elektrizität ist durch die von der Bundesregierung immer schneller vorangetriebene „Energiewende“ zunehmend teurer und zudem abhängiger von Lieferentscheidungen ausländischer Akteure geworden. Die dadurch verursachten erheblichen Kostensteigerungen und Versorgungsrisiken sind in dieser Deutlichkeit nur in Deutschland sichtbar. Dies spüren die deutschen Bürger in allen Lebensbereichen.
2. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sieht Handlungsbedarf bei den Energiepreisen, schlägt jedoch nur auf Dauer angelegte Subventionen der Energiepreise vor. Einer Behebung der zugrundeliegenden Probleme, nämlich der Verknappung des Angebotes kostengünstiger und regelbarer Energie und die der Förderung des Ausbaus teurer, volatiler Windenergie sowie Photovoltaik, verweigert das BMWK.
3. Das Verwaltungsgericht Berlin hat am 25. September 2023 festgestellt, dass das BMWK interne Unterlagen zur Bewertung der Folgen der Abschaltung der Kernkraftwerke am 15. April 2023 zurückgehalten hat. Der Verwaltungsrichter forderte die Vertreter des BMWK auf, die Unterlagen u. a. zu den Auswirkungen auf die Netzstabilität und auf die Strompreise bei einer Kernkraftwerk (KKW)-Laufzeitverlängerung vorzulegen.<sup>1</sup> Die KKW-Abschaltungen erfolgten demnach entgegen den sachlichen Argumenten für ihren Weiterbetrieb.
4. Auf der COP28 in Dubai im Dezember 2023 bekannten sich 22 Staaten, darunter bedeutsame wie die USA, Kanada, Großbritannien, Japan, Frankreich und Südkorea zum Ausbau der Kernenergie auf das Dreifache des aktuellen Niveaus bis zum Jahr 2050.<sup>2</sup> Dies muss in Zusammenhang mit dem Bestreben vieler EU-

---

<sup>1</sup> [www.cicero.de/wirtschaft/klage-akteneinsicht-verwaltungsgericht-robert-habeck-atomkraft-wirtschaftsministerium](http://www.cicero.de/wirtschaft/klage-akteneinsicht-verwaltungsgericht-robert-habeck-atomkraft-wirtschaftsministerium)

<sup>2</sup> [www.energy.gov/articles/cop28-countries-launch-declaration-triple-nuclear-energy-capacity-2050-recognizing-key](http://www.energy.gov/articles/cop28-countries-launch-declaration-triple-nuclear-energy-capacity-2050-recognizing-key)

Länder unter der Führung Frankreichs, eine solche Allianz in der EU mit dem Ausbauziel von 150 Gigawatt Kapazität aus nuklearen Quellen zu schaffen<sup>3</sup>, gesehen werden.

5. Die Kernkraftwerksblöcke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim II wurden am 15. April 2023 heruntergefahren. Die technischen Voraussetzungen für die Wiederinbetriebnahme von zumindest fünf Reaktoren (die drei vorgenannten sowie die zwei am 31.12.2021 abgeschalteten Kernkraftwerke Grohnde und Brokdorf) mit knapp 7 Gigawatt Leistung sind grundsätzlich gegeben<sup>4</sup>.
6. An den Anlagen Philippsburg II und Gundremmingen C wurden bereits Rückbaumaßnahmen durchgeführt. Inwiefern diese Zerstörungen überwunden werden können, soll untersucht werden.
7. Die Erzeugung von Elektrizität aus Kernspaltung ist als Quelle kostengünstiger, zuverlässiger, sauberer und moderner Energie nicht ersetzbar (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22449). Kernenergie dient damit auch der Umsetzung wichtiger Ziele der Agenda 2030, insbesondere des Nachhaltigkeitsziels 7: Bezahlbare und saubere Energie.
8. Derzeit stellen abgeschriebene Kernkraftwerke die kostengünstigste Möglichkeit dar, bedarfsgerechte Elektrizität zu erzeugen.
9. Durch weitere Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung könnten diese Ziele in Zukunft noch besser erreicht werden (vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 20/4062). Perspektivisch würde ein geschlossener Brennstoffkreislauf im Zusammenspiel von Wiederaufarbeitung und schnellen Reaktoren zur praktisch vollständigen Nutzung des vorhandenen Brennstoffs bei gleichzeitig stark reduziertem Endlagerungsaufwand führen. Auf diesem Weg kann sowohl global als auch national eine langfristige, kostengünstige, netzstabile und für Deutschland eine vom Ausland unabhängige Energieversorgung realisiert werden.
10. Derzeit noch in der Forschung befindliche Verfahren zu Partitionierung und Transmutation (vgl. Bundestagsdrucksachen 19/17127 und 20/4062) könnten hierbei zu weiteren Optimierungen führen. Darüber hinaus befinden sich Systeme zur simultanen Produktion von Elektrizitäts- und Hochtemperaturwärmeproduktion in Forschung und Entwicklung (vergleiche hierzu Bundestagsdrucksache 19/22446).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle gesetzlichen Hürden, die einer Rückkehr Deutschlands zur Kernenergie entgegenstehen, zu beseitigen und insbesondere die Laufzeitbeschränkungen und Strommengen-Einspeisebegrenzungen durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben, um so den Betrieb der vorgenannten Anlagen zu ermöglichen;
2. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Schnellsplaltreaktoren zu ermöglichen (insbesondere die §§ 1, 7 und 9 AtG nebst den ggf. dazugehörigen Anlagen);
3. sich mit den zuständigen Landesregierungen ins Benehmen zu setzen, um die Wiederinbetriebnahme der Anlagen Isar 2, Emsland, Neckarwestheim II, Grohnde und Brokdorf technisch, organisatorisch und rechtlich zu ermöglichen und schnellstmöglich umzusetzen;

<sup>3</sup> [www.euractiv.com/section/energy-environment/news/nuclear-alliance-aims-for-150-gw-of-nuclear-power-in-eu-by-2050/](http://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/nuclear-alliance-aims-for-150-gw-of-nuclear-power-in-eu-by-2050/)

<sup>4</sup> <https://blackout-news.de/aktuelles/deutschland-und-atomkraft-eine-moegliche-rueckkehr-realistisch-oder-illusion/>

4. sich mit den zuständigen Landesregierungen ins Benehmen zu setzen, um den Rückbau der Anlagen Philippsburg 2 und Gundremmingen C unverzüglich zu stoppen und die notwendigen Maßnahmen zur erneuten Vervollständigung und Inbetriebnahme der Anlagen zu eruieren;
5. die Betreiber der vorgenannten Anlagen gegen Zusage von entschädigungsbeehrt garantierten Mindestlaufzeiten über 40 Jahre zu beauftragen, die Betriebsbereitschaft dieser Anlagen zu erhalten bzw. diese unverzüglich herzustellen;
6. die KfW anzuweisen, ggf. Bürgschaften für die notwendigen Finanzierungen zu geben;
7. für eine Beschleunigung der erforderlichen Verfahren unter Beibehaltung der Sicherheit zu sorgen;
8. die Betreiber bestmöglich bei der unverzüglichen Beschaffung neuen Brennstoffs zu unterstützen, damit die gegenständlichen Blöcke schnellstmöglich in Betrieb genommen werden können;
9. bestmöglich darauf hinzuarbeiten, dass Deutschland sich sowohl der Europäischen Nuklearallianz gemäß dem Treffen vom 16. Mai 2023 als auch der auf der COP28 in Dubai weltweit am 2. Dezember 2023 gegründeten Allianz zum Ausbau der Kernenergie sowie dem „Generation IV International Forum (GIF)“ anschließt;
10. im Bereich der Kernspaltung und Kernfusion das Engagement in der Forschung zu verstärken bzw. zu verstetigen (vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 20/4062);
11. ein detailliertes, verbindliches Konzept zum Hochlauf der Kernenergie über zumindest die nächsten 30 Jahre zu erstellen, welches alle verfügbaren Reaktortypen und Verfahren zur Ver- und Entsorgung von Kernbrennstoffen einschließt.

Berlin, den 23. April 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Als Maxime für eine optimierte Elektrizitäts- bzw. Energieversorgung gilt das Zieldreieck aus Ökonomie, Ökologie und Versorgungssicherheit. Mit der Ausrichtung der Energieversorgung auf „Öko-Energien“, den sogenannten Erneuerbaren Energien, die faktisch volatil und, wie man an den Energiepreisen erkennen kann, nicht ökonomisch sind und darüber hinaus Menschen, Ökologie, Landschaft und Kultur massive Schäden zufügen, wird dieses Zieldreieck maximal verfehlt.

Die Bundesregierung treibt die Umstellung der Energieversorgung auf größtenteils volatile (Wind, Sonne), aber durchweg ineffiziente (+ Biomasse) Umgebungsenergien voran. Dies hat mittlerweile zu den höchsten Energiepreisen der Welt geführt. Weiterhin führt dies zu unzumutbaren Belastungen der Wirtschaftsunternehmen, welche dadurch reihenweise in die Insolvenz oder ins Ausland gehen. Damit ergeben sich für die Bürger höhere Energiepreise und steigende Arbeitslosigkeit. Gesamtgesellschaftlich bedeutet dies kollektive Verarmung der Bevölkerung sowie wirtschaftlichen, akademischen, gesundheitlichen und kulturellen Niedergang.

Entsprechend ihrer ideologischen Grundausrichtung tritt die Bundesregierung diesen Fehlentwicklungen nicht mit einer Bekämpfung der Ursachen, welche in der Verknappung des Angebotes kostengünstiger und regelbarer Energien liegen, sondern mit dem unwirksamen und wirtschaftsschädlichen sozialistischen Instrument der Subventionen entgegen. Die Ausblendung der Realität zugunsten der ideologischen Ziele manifestiert sich in der vom Verwaltungsgericht Berlin festgestellten Zurückhaltung der BMWK-internen Unterlagen zur Bewertung der

Folgen der Abschaltung der Kernkraftwerke am 15. April 2023. Die KKW-Abschaltungen erfolgten dementsprechend nicht auf Basis der kompletten sachlichen Argumentationslage.

Darüber hinaus ist Deutschland dadurch auch zu einem massiven Importeur von Elektrizität geworden. Zu der Abhängigkeit von Importen von Erdöl, Erdgas und Steinkohle ist nun die zeitkritische Abhängigkeit von Stromimporten hinzugekommen. Zeitkritisch deshalb, weil das Netz keinen Strom speichern kann. Da die Übertragungskapazitäten technisch begrenzt sind, kann dies bereits zu Engpässen führen. Sofern in den Nachbarländern die Eigenversorgung gewährleistet werden muss, ist davon auszugehen, dass keine Exporte nach Deutschland erfolgen, womit in Deutschland die Wahrscheinlichkeit für Brownouts zunimmt.

Gleichwohl auch in anderen Staaten von der sogenannten anthropogenen Globalen Erwärmung gesprochen wird, werden dort grundsätzlich andere Wege in Erwägung gezogen. Am 16. Mai 2023 haben 16 europäische Länder (Frankreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Finnland, Ungarn, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Estland, Schweden, Italien und dem Vereinigten Königreich) ihre Teilnahme an der „Nuklearallianz“ beschlossen. Der Plan sieht vor, die Entwicklung einer integrierten europäischen Nuklearindustrie auszuarbeiten, die bis 2050 einen Anteil von 150 Gigawatt Kernkraft am Strommix der EU erreichen soll.

Auf der Weltklimakonferenz in Dubai im Dezember 2023 hat sich eine neue Atomallianz gebildet. 22 Staaten haben dort eine Erklärung veröffentlicht, nach der sie die Energieerzeugung aus Atomkraft massiv ausbauen wollen. Bis zum Jahr 2050 sollen die Kapazitäten verdreifacht werden, heißt es in der Erklärung. Während Deutschland aufgrund der Störfälle in Fukushima aus der Kernenergie ausgestiegen ist, trat auch Japan der Allianz bei.

Die Abschaltung der Kernkraftwerksblöcke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim II am 15. April 2023 erfolgte aufgrund interner Bewertungsunterlagen des BMWK, die nicht vollständig veröffentlicht wurden und sich damit einer Überprüfung entziehen<sup>5</sup>. Gleiches gilt für die am 31. Dezember 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C. Mit Ausnahme von Gundremmingen C könnten die genannten Anlagen nach aktuellem Stand zeitnah wieder in Betrieb genommen werden.

Auch der Rückbau der Kernkraftwerke Philippsburg II und Gundremmingen C ist noch nicht so weit fortgeschritten, so dass in diesen mit entsprechendem Aufwand wieder Betriebsbereitschaft hergestellt werden könnte. Daher wird auch hier zunächst ein Stopp der Rückbauarbeiten gefordert, an den sich Analysen zu den durch den Rückbau verursachten Schäden und den Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft anschließen müssten.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele, insbesondere das Ziel 7<sup>6</sup> – Bezahlbare und Saubere Energie – nach dem alle Menschen Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energie haben sollen, gilt nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland. Auch die Bürger Deutschlands haben ein Recht auf bezahlbare und saubere Energie. Diese Prämisse wird im Gegensatz zu den volatilen und naturschädigenden „Erneuerbaren Energien“ von der Kernenergie erfüllt, wie die europäischen und weltweiten Allianzen zeigen.

Die vielfach vorgebrachte Argumentation, dass die Stromgestehungskosten neuer Kernkraftwerke höher als die der Umgebungsenergien Sonne und Wind wären, lässt zahlreiche relevante Fakten außen vor. Hierbei ist zunächst zu beachten, dass Kernkraftwerke an sieben Tagen der Woche rund um die Uhr bedarfsgerechte Energie liefern. Volatile Energien müssen mit Backup-Kraftwerken bzw. -Speichern und – wie mit Blick auf die aktuelle Debatte ersichtlich – erheblich erweiterten Netzkapazitäten gepuffert bzw. verteilt werden, was die Kosten massiv in die Höhe treibt. Während bei Kernkraftwerken die Kosten für Entsorgung und Rückbau bereits im Strompreis enthalten waren, werden die Kosten für Backupkraftwerke, Netzeingriffe und Speicher von den Kernenergiekritikern unterschlagen.

Für die Protagonisten des ideologisch getriebenen Kernenergieausstiegs waren die unschlagbar günstigen Stromgestehungskosten von abgeschriebenen Kernkraftwerken ein massives Problem. Daher erfolgte eine Kampagne mit Behauptungen hinsichtlich fehlender Rückstellungen für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung der Abfälle. Diese Behauptungen entbehrten jeder Grundlage, siehe KENFO<sup>7</sup> bzw. Bundestagsdrucksache 20/9575. Während auch die Rückstellungen für WIA zu hinterfragen sind<sup>8</sup>, muss vor allem die unterschiedliche

<sup>5</sup> [www.cicero.de/wirtschaft/kernkraftwerke-retten-akw-atomkraft-studie-mark-nelson](http://www.cicero.de/wirtschaft/kernkraftwerke-retten-akw-atomkraft-studie-mark-nelson)

<sup>6</sup> [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/bezahlbare-und-saubere-energie-1581908](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/bezahlbare-und-saubere-energie-1581908)

<sup>7</sup> [www.kenfo.de/start](http://www.kenfo.de/start)

<sup>8</sup> [www.agrarheute.com/energie/strom/windraeder-rueckbau-bringt-riesenprobleme-563197](http://www.agrarheute.com/energie/strom/windraeder-rueckbau-bringt-riesenprobleme-563197)

Lebensdauer von Photovoltaik- (PV) und Windindustrieanlagen (WIA) zum einen und Kernkraftwerken (KKW) zum anderen gesehen werden. PV und WIA sind nach Auslaufen der Förderung auch technisch am Ende ihres Lebenszyklus angekommen. Für moderne Leichtwasserreaktoren, wie z. B. die Konvoi-Anlagen (KKI 2, Emsland und GKN II), wurden für die Reaktordruckbehälter (dies ist das einzige Bauteil, das nicht ausgetauscht werden kann) nach 40 Jahren Betrieb Erschöpfungsgrade festgestellt, die möglichen Laufzeiten von ca. 400 Jahren erwarten ließen. Derzeit ist der Strom aus abgeschriebenen Kernkraftwerken konkurrenzlos günstig. Dieser Zustand könnte ca. weitere 370 Jahre anhalten, sofern sich die Instandhaltung nicht deutlich verteuert oder kostengünstigere Alternativen gefunden werden.

Entsprechend den Auslegungskriterien moderner Leichtwasserreaktoren, wonach selbst ein Kernschmelzunfall nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Umgebung der Anlage haben darf (was bereits bei Konvoi-Anlagen der Fall war), muss man zu dem Schluss kommen, dass die Sicherheitsstandards exzellent sind<sup>9</sup>. Gleichwohl ist die Entwicklung der Kernenergie weder national noch international abgeschlossen. Insbesondere die Entwicklung von Schnellspaltreaktoren, die potenziell für sich allein und auch im Zusammenspiel mit Leichtwasserreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen die Energieversorgung der Menschheit über Jahrtausende sicherstellen können, bedarf weiterer Forschung und Entwicklung. Die würde durch die vollständige Nutzung des vorhandenen Brennstoffs auch zu einem stark reduzierten Endlagerungsaufwand führen. Eine langfristige, kostengünstige, netzstabile und vom Ausland unabhängige Energieversorgung für Deutschland ist damit in greifbarer Nähe.

Darüberhinausgehende Forschungs- und Entwicklungsprojekte, wie zum einen Transmutation, womit insbesondere die minoren Actinoide nicht mehr Abfall, sondern Brennstoff werden könnten. Zum anderen ist es die Partitionierung, die eine potenziell effektivere Trennung von kurzlebigen und langlebigen Spaltprodukten untereinander und vor allem vom nutzbaren Brennstoff – inklusive der mit heutigen nasschemischen Verfahren nicht bzw. nur sehr schwer abtrennbaren Transplutoniumelemente – verspricht. Neben diesen beiden Verfahren sind es auch Hochtemperaturanwendungen für chemische Prozesse, welche erforscht werden sollten. Da selbst konservative Schätzungen von einer Nutzung der Kernenergie für mindestens 3.000<sup>10</sup> bis zu über 5.000 Jahren<sup>11</sup> ausgehen, bleibt hinreichend Zeit hierfür entsprechende Lösungen zu finden.

---

<sup>9</sup> [https://web.archive.org/web/20120108191345/http://www.gen-4.org/Technology/horizontal/documents/Basis\\_for\\_the\\_Safety\\_Approach\\_for\\_Design\\_Assessment\\_of\\_Generation\\_IV\\_Nuclear\\_Systems\\_000.pdf](https://web.archive.org/web/20120108191345/http://www.gen-4.org/Technology/horizontal/documents/Basis_for_the_Safety_Approach_for_Design_Assessment_of_Generation_IV_Nuclear_Systems_000.pdf)

<sup>10</sup> [www.n-tv.de/politik/China-gelingt-Wiederaufbereitung-article2274891.html](http://www.n-tv.de/politik/China-gelingt-Wiederaufbereitung-article2274891.html)

<sup>11</sup> <https://100-gute-antworten.de/hga-009/>





